

Vorlage der Stadt Speyer



Vorlagen-Nr.: 0506/2025/1

Abteilung: Hauptverwaltung, Digitale Verwaltung

Bearbeiter/in: Maike Threin

Haushaltswirksamkeit:

Investitionskosten:

Drittmittel:

Folgekosten/laufender Unterhalt:

Im laufenden Haushalt eingeplant:

Betroffene Nachhaltigkeitsziele:

☐ nein

☐ nein

☒ nein

☐ nein

☒ nein

☒ ja, bei

☒ ja

☐ ja

☒ ja

☐ ja

Produkt: 11300

Betrag: ca. 6.000 €

Betrag:

Betrag: ca. 80 -100 €
monatlich

Fundstelle:



Beratungsfolge	Termin	Behandlung	Beratungsstatus
Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss	27.11.2025	öffentlich	empfehlende Beschlussfassung
Stadtrat	05.02.2026	öffentlich	endgültige Beschlussfassung

Betreff: Piloteinsatz des Systems „KI meets Ordnung“ in einer öffentlichen Toilettenanlage mit erhöhter Vandalismusquote; Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 29.09.2025

Referenzvorlage: 0506/2025 (Stadtrat 09.10.2025 – TOP 2)

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Firma **Frings IT Solutions GmbH** das Projekt „**KI meets Ordnung**“ in einer öffentlichen Toilettenanlage mit erhöhter Vandalismusquote zu realisieren.

Die Umsetzung erfolgt im Rahmen eines **einjährigen Pilotprojekts**. Nach Abschluss der Projektlaufzeit berichtet die Verwaltung über die Ergebnisse und Erfahrungen im **Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss**.

Begründung:

1. Ausgangslage

In den vergangenen Jahren ist eine deutliche Zunahme von Vandalismusschäden an öffentlichen Toilettenanlagen zu verzeichnen. Diese führen regelmäßig zu erheblichen Kosten für Reinigung, Reparatur und Instandhaltung. Ziel der Stadtverwaltung ist es daher, durch bauliche, organisatorische und digitale Maßnahmen den Schutz dieser Anlagen zu verbessern und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

Die FDP-Fraktion hat in diesem Zusammenhang angeregt, zu prüfen, ob der Einsatz von KI-gestützten Systemen zur Erkennung und Prävention von Vandalismus sinnvoll und rechtlich zulässig ist. Der

Einsatz digitaler Lösungen soll dazu beitragen, Beschädigungen frühzeitig zu erkennen, gezielte Alarmierungen auszulösen und den Wartungsaufwand langfristig zu verringern.

Der Stadtrat hat die weitere Beratung der Fragestellung in seiner Sitzung am 09.10.2025 in den Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss verwiesen.

Bei der Prüfung solcher Systeme ist insbesondere der Datenschutz von zentraler Bedeutung. Überwacht werden dürfen ausschließlich Vorbereiche, Waschräume, Eingänge und andere öffentlich zugängliche Flächen. Intimbereiche wie Einzelkabinen, Duschen oder geschlossene Rückzugsräume sind dagegen ausnahmslos von jeder Form der Überwachung – auch mit Sensorik oder Attrappen – ausgeschlossen. Grundlage hierfür sind die Vorgaben der DSGVO und des BDSG, nach denen eine Überwachung nur in Fällen zulässig ist, in denen ein überwiegendes berechtigtes Interesse besteht und keine milderer Mittel zur Verfügung stehen.

Im Zuge der weiteren Recherche hat das Sachgebiet Digitale Verwaltung mehrere Fachstellen kontaktiert, unter anderem das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz GmbH (DFKI) in Kaiserslautern. Der Kontakt wurde über den Chief Digital Officer der Stadt Ludwigshafen hergestellt. Da dort bereits vergleichbare Anfragen im Rahmen einer Kooperation mit der Stadt Kaiserslautern vorlagen, wurde die Anfrage an das Referat 30 (Recht und Ordnung) der Stadt Kaiserslautern weitergeleitet, das den kriminalpräventiven Rat einbezog. Obwohl dort verschiedene sicherheitsrelevante Projekte (z. B. Schutz vor Graffiti, Videoüberwachung öffentlicher Plätze, Schutz vor Fahrzeuganschlägen) betreut werden, liegen bislang keine Erfahrungen im Bereich der Vandalismusprävention in öffentlichen Toilettenanlagen vor.

Eine fachliche Hilfestellung zu dem konkreten Prüfantrag konnte daher nicht gewonnen werden.

Als derzeit einzig identifizierte, praxistaugliche Lösung wurde das Projekt „KI meets Ordnung“ der Firma Frings IT Solutions GmbH ermittelt. Ein erstes Informationsgespräch mit dem Anbieter hat bereits stattgefunden.

2. Technischer Lösungsansatz

Das System „KI meets Ordnung“ wird bereits in mehreren Städten (u. a. Gelsenkirchen, Leverkusen und Bonn) erfolgreich eingesetzt. Es ermöglicht eine datenschutzkonforme Überwachung öffentlicher Bereiche durch den Einsatz von KI-basierter Sensorik.

Eine Zusammenfassung des Systems der Firma Frings IT Solutions GmbH sowie verschiedene Einsatzmöglichkeiten werden im nachfolgenden Fernsehbericht vorgestellt.

Bonn

[Lokalzeit aus Bonn: Radare sollen Bonner Schulhöfe und Spielplätze sicherer machen - hier anschauen](#)

Wie berichtet, erkennt die Lösung Personenbewegungen über Radar- oder Wärmesensoren, ohne dabei Bildaufnahmen zu erzeugen. Bewegungsmuster werden durch künstliche Intelligenz analysiert und bei Auffälligkeiten kann automatisch eine Sprachdurchsage oder eine Alarmmeldung ausgelöst

werden. Die Steuerung erfolgt über ein webbasiertes Interface, die Datenauswertung über eine nach ISO 27001 zertifizierte Cloud-Umgebung der comNET GmbH.

Die Effizienz dieser Maßnahme lässt sich aus der Mitteilungsvorlage der Stadt Gelsenkirchen erkennen

Gelsenkirchen

<https://ratsinformation.gelsenkirchen.de/vo020?VOLFDNR=1000475&refresh=false&TOLFDNR=1001057>

Im Gespräch mit dem Anbieter wurden mögliche Einsatzszenarien vorgestellt. So könnte in Toilettenanlagen der Aufenthalt über Wärmesensoren erfasst und bei Überschreitung einer festgelegten Aufenthaltsdauer – beispielsweise fünf Minuten – eine Sprachdurchsage aktiviert werden. Erfahrungsgemäß wirkt dies abschreckend und kann Zerstörungshandlungen verhindern. Bleibt die Person nach einer weiteren Frist (z. B. weitere fünf Minuten) weiterhin im Raum, kann automatisch eine weitere Sprachmeldung oder die Meldung an den Kommunalen Vollzugsdienst erfolgen. Der Anbieter zeigte sich flexibel und bereit, die Systeme an die individuellen Anforderungen der Stadt anzupassen.

3. Wirtschaftliche Betrachtung

Laut Anbieter und auf Basis aktueller Marktpreise ergeben sich folgende Orientierungswerte:

- KI-Radarsensoren: einmalig ca. 2.500 – 4.500 €, monatliche Betriebskosten ca. 80 – 100 €
- Wärmebildsensoren: einmalig ca. 1.000 – 1.800 €, monatliche Betriebskosten ca. 80 – 100 €
- KI-Programmierung und Integration: ca. 2.000 – 3.000 €, abhängig vom Standort
- Anschluss- und Netzbaukosten: ca. 1.000 – 2.000 €, je nach örtlicher Gegebenheit

Die laufenden Kosten umfassen die Cloud-Nutzung, Wartung, Softwarepflege und Support.

Eine detaillierte Kostenaufstellung kann nach Auswahl einer geeigneten Pilotanlage im Rahmen einer Präsentation im Ausschuss bzw. Stadtrat durch der Firma Frings IT Solutions erfolgen.

Nach Rückmeldung des Unternehmens wäre die Stadt Speyer mit dieser Technik derzeit die erste Kommune in Rheinland-Pfalz und würde damit eine Vorreiterrolle einnehmen. Aufgrund der alleinigen Marktposition des Anbieters könnte eine freihändige Vergabe in Betracht kommen, d.h. die Stadtverwaltung könnte den Auftrag direkt an den ausgewählten Unternehmen vergeben, anstatt ein langwieriges förmliches Vergabeverfahren durchführen zu müssen. Die Voraussetzungen müssen bei einer möglichen Beauftragung jedoch nochmals näher geprüft werden.

4. Nutzenbewertung

Der Einsatz von KI-gestützter Sensorik kann mehrere positive Effekte bewirken:

- Er ermöglicht eine frühzeitige Erkennung von Vandalismus,
- erhöht das subjektive Sicherheitsgefühl der Nutzerinnen und Nutzer und
- reduziert den Aufwand für Kontrollen und Instandsetzungen.

Langfristig können so Kosten durch Schadensbegrenzung und schnellere Interventionen gesenkt werden. Darüber hinaus lässt sich das System auch auf andere sensible Bereiche wie Spielplätze, Schulgelände oder Parkanlagen übertragen.

5. Bewertung und Empfehlung

Aus technischer und datenschutzrechtlicher Sicht erscheint der Ansatz der KI-basierten Sensorik grundsätzlich geeignet, um die Zielsetzung des Prüfantrags zu erfüllen – vorausgesetzt, es erfolgt keine personenbezogene Datenverarbeitung und Intimbereiche werden konsequent ausgeschlossen.

Da der Einsatz dieses Systems in anderen Kommunen bereits erfolgreich erprobt wird, wird empfohlen, in Speyer ebenfalls ein Pilotprojekt durchzuführen. Hierzu sollte eine städtische Toilettenanlage mit erhöhter Vandalismusquote mit Sensoren ausgestattet werden.

Hinzukommen sollte

- eine datenschutzrechtliche Prüfung,
- eine detaillierte Kostenkalkulation sowie
- eine Abstimmung mit dem Fachbereich Finanzen.

Über die Ergebnisse wird nach Abschluss der Pilotphase (ein Jahr) im Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss berichtet.

6. Fazit

Mit dem System „KI meets Ordnung“ steht der Stadt Speyer eine moderne und datenschutzkonforme Möglichkeit zur Verfügung, Vandalismus in sensiblen öffentlichen Bereichen effektiv zu reduzieren.

Durch eine Pilotphase können technische, organisatorische und wirtschaftliche Erkenntnisse gewonnen werden, um auf dieser Grundlage über eine mögliche Ausweitung auf weitere Standorte zu entscheiden.

Aus Verwaltungssicht würden sich dafür die Anlagen im Oberen Domgarten oder auf dem Festplatz anbieten. Beide verfügen über einen Vorraum, wie oben beschrieben.

Da es für die Umsetzung der Maßnahme keinen Finanzierungsvorschlag der antragstellenden Fraktion und keinen Haushaltsansatz gibt, muss die Finanzierung im Rahmen des Gesamt-Deckungskreises zu Lasten anderer Projekte erfolgen.

Wir bitten um entsprechende Beschlussfassung.